

Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat und unsere Chancen

Das Zünglein an der Waage

«Rechtsrutsch folgt auf grüne Welle», so oder ähnlich die Schlagzeilen in der Tagespresse nach dem entscheidenden Wahlsonntag vom 20. Oktober 2024. Dank Zugewinnen von fünf Sitzen bei der SVP sowie je einem Sitz bei FDP und EDU verfügen diese drei Fraktionen zusammen in der aktuellen Legislatur über 73 Stimmen, also über die absolute Mehrheit im aargauischen Parlament. Wir, Die Mitte, konnten unsere 18 Mandate verteidigen, sehen uns jedoch heute mit der Tatsache konfrontiert, nicht mehr «das Zünglein an der Waage» zu sein. Dies ist eine für unsere Grossratsfraktion grundlegend neue Ausgangslage, waren doch aufgrund der Sitzzahlen von 66 zu 56 Stimmen sowohl die politische Rechte wie auch die Linke in der vergangenen Legislatur noch je auf die Unterstützung der Mitte-Fraktion angewiesen.

Wie sich die neuen Mehrheitsverhältnisse praktisch auswirken, mussten die konstruktiven Kräfte im Grossen Rat an der letzten Sitzung vor den Sommerferien schmerzlich hinnehmen. Auf der Traktandenliste stand die Umsetzung der Amtsenthebungsinitiative unserer

Kolleginnen und Kollegen der ehemaligen BDP, welche die aargauische Stimmbewölkerung am 15. Mai 2022 mit einem Rekordergebnis von 84% Ja-Stimmen angenommen hatte. Entsprechend unumstritten war der Umsetzungsvorschlag des Regierungsrats in der ersten parlamentarischen Lesung vom Herbst 2024. Die Genehmigung und Verabschiedung in der zweiten Lesung: Eine reine Formsache – könnte man meinen. Weit gefehlt: Sich ihrer neuen numerischen Überzahl bewusst, sahen FDP, SVP und EDU die Gelegenheit gekommen, die ihrem Parteibüchlein und ihren eigenen Interessen widersprechende Vorlage zu versenken beziehungsweise sie zur Reduktion auf einen zahnlosen Rohling an den Regierungsrat zurückzuweisen. Fünf Parteien – darunter die geschlossene Mitte-Fraktion – wurden ganz einfach überstimmt. Egal, wie Die Mitte und/oder alle anderen Parteien abstimmen, am Ende wird aktuell das umgesetzt, was FDP, SVP und EDU wollen.

Diese neue Ausgangslage fordert uns heraus und zwingt Die Mitte, sich darüber Gedanken zu machen, wie sie diese bewältigen kann und will: Den Kopf in den Sand stecken und hoffen, dass sich FDP und SVP früher oder später voneinander entfernen und sich das Problem damit von selbst erledigt? Resignieren und uns zurückziehen, weil unsere Stimmen keinen Einfluss mehr auf das parlamentarische Abstimmungsresultat haben? Oder gar bewusst von unserer «mittigen» Haltung nach rechts rutschen, um auch zu den vermeintlichen «Siegern» zu gehören?

Da alle drei Varianten ganz offensichtlich unseren Ansprüchen und Erwartungen an eine seriöse, konstruktive und lösungsorientierte Politik nicht entsprechen, kommen sie nicht infrage. Für die Mitte-Fraktion und das Parteipräsidium ist klar, dass uns ein rückwärtsgewandtes Jammern als Partei nicht weiterbringt. Neue politische Rahmenbedingungen müssen und wollen wir als Chance nutzen, uns weiterzuentwickeln und unser Profil zu schärfen.



Genau dafür präsentieren die aktuellen Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat die idealen Rahmenbedingungen. Indem das Abstimmungsverhalten der Mitte keinen Einfluss mehr auf die Annahme oder Ablehnung einer polarisierten Vorlage hat, sind wir auch nicht mehr für das Resultat verantwortlich. Die Quittungen «dürfen» SVP, FDP und EDU hoffentlich spätestens bei den nächsten Wahlen entgegennehmen. Die Mitte kann bis dahin ganz unbeschwert ihren eigenen konstruktiven Weg weitergehen, eine qualitativ hochstehende und solide Politik betreiben und Lösungen präsentieren, die mit den aktuellen Ressourcen und finanziellen Mitteln tatsächlich umgesetzt werden können.

Und was den verlorenen Status als «Zünglein an der Waage» anbelangt, so sei abschliessend erwähnt, dass auch dieser oft überbewertet wird. Die Redewendung bezieht sich auf die früheren Waagen, welche aus zwei Waagschalen bestehen und bei denen ein kleines Zünglein, ein Zeiger, den Ausschlag gibt, welche der beiden Schalen schwerer wiegt. Wenn wir die Metapher einem Tatsachen-Check unterziehen, so wird offensichtlich, dass uns der Vergleich in die Irre führt: Der Zeiger an der Waage dient in der Realität der Anzeige, er hat keinen Einfluss auf das tatsächliche Gewicht in den Schalen.

Karin Koch Wick, Grossrätin,
Co-Präsidentin Die Mitte Aargau



In den Gemeinden summt es.

Ein Bienenvolk funktioniert nur, weil alle mitanpacken: Die Sammlerinnen fliegen hinaus, die Ammen kümmern sich um den Nachwuchs, die Wächterinnen schützen den Stock. Jede Aufgabe ist wichtig, keine steht über der anderen. Am Ende profitiert das ganze Volk. Die Stärke entsteht aus dem Zusammenspiel, aus dem Bewusstsein, dass jede einzelne Biene Teil von etwas Grösserem ist.

Auch unsere Demokratie lebt von diesem Prinzip. Wir alle sind Teil des politischen «Bienenvolkes». Jede Stimme, jede Idee, jede Verantwortung zählt. In der Schweiz ringen wir um Lösungen, hören einander zu, finden Kompromisse und bleiben doch unseren Werten treu. So wie Bienen, die ihre Route anpassen, aber immer zur Heimat zurückfinden. Es ist diese Mischung aus Anpas-

sungsfähigkeit und Beständigkeit, die uns stark macht.

Diesen Herbst summt es besonders in unseren Gemeinden: Es sind Gemeindegewahlen. Hier entscheidet sich, wer vor Ort Verantwortung übernimmt, wer zuhört, vermittelt und Lösungen sucht, die dem ganzen Dorf dienen. Politik beginnt nicht in Bundesbern, sondern direkt vor unserer Haustür – dort, wo wir uns begegnen, miteinander reden und gemeinsam gestalten.

Die Mitte Aargau steht für diesen Geist: Wir bringen Menschen zusammen, suchen das Verbindende und setzen auf nachhaltige, ausgewogene Entscheidungen – beständig wie ein fleissiges Bienenvolk, das Tag für Tag daran arbeitet, das Leben im Stock zu sichern und zu verbessern.



Packen wir es gemeinsam an. Sorgen wir dafür, dass unser politischer Stock stark bleibt. Gehen wir wählen – und bringen wir Die Mitte zum Summen!

Bernhard Guhl, alt Nationalrat,
Mitglied Parteileitung
Die Mitte Aargau



Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise

E-ID-Gesetz – der zweite Anlauf

Vor vier Jahren hat das Schweizer Stimmvolk die E-ID bereits einmal an der Urne abgelehnt. Warum stimmen wir jetzt schon wieder darüber ab? Das alte E-ID-



Gesetz sah vor, dass der elektronische Identitätsnachweis von privaten Firmen erbracht wird. Die Analyse zeigte deutlich: Die Schweizer Bevölkerung will eine E-ID, aber sie soll vom Staat angeboten werden, nicht von privaten Unternehmen.

Entsprechend haben Bundesrat und Parlament einen neuen Anlauf genommen. Die nun zur Abstimmung vorliegende Vorlage sieht einen staatlichen und dezentralen Identitätsnachweis vor. Der Bund baut dazu die notwendige digitale Vertrauensinfrastruktur auf. Die eigentliche «digitale Identitätskarte» wird auf dem Smartphone von Herrn und Frau Schweizer gespeichert, in der eigens dafür entwickelten Swiyu App. Damit können sich Bürgerinnen und Bürger gegenüber Behörden digital ausweisen und

Dienstleistungen in Anspruch nehmen, wie zum Beispiel einen Betriebsregisterauszug bestellen, ausserhalb der Schalteröffnungszeiten und ohne physische Präsenz. Neben der Identifizierung gegenüber Behörden kann die E-ID auch verwendet werden, um beispielsweise beim Eintritt in eine Disco zu beweisen, dass die Person volljährig ist. Dabei wird sparsam mit den Daten umgegangen. So kann die Volljährigkeit geprüft werden, ohne dass zusätzliche Daten wie Geburtsdatum oder Vor- und Nachnamen übermittelt werden. Der Datenaustausch erfolgt direkt vom Smartphone mit der entsprechenden Behörde oder dem Dienstleister. Der Staat kann nicht nachvollziehen, wo und wie die E-ID eingesetzt wird.

Mit dem vorliegenden E-ID-Gesetz schafft der Bund die Infrastruktur für eine dezentrale und datensparsame E-ID.

Der Parteitag Die Mitte Aargau empfiehlt mit 64 Ja bei 3 Enthaltungen die Ja-Parole zum «Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID)».

Daniel Käppeli, Mitglied Parteileitung
Die Mitte Aargau



Parolenspiegel

Kantonale Vorlagen

E-ID

Zweitliegenschaften

JA

Stimmfreigabe

Das Schicksal des Eigenmietwerts

Ausgangslage

Wer im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung lebt, muss heute eine Eigenmietwert-Steuer zahlen. Der Eigenmietwert ist ein fiktives Einkommen, das erzielt werden könnte, wenn die Liegenschaft vermietet würde.

Die Eigenmietwert-Steuer wurde im Jahre 1915 als einmalige Kriegssteuer eingeführt. Per Notrecht wurde sie im Jahre 1934 zur Gesundung des Bundeshaushalts erneuert und bis heute beibehalten.

Worüber wird abgestimmt?

Das Ziel der Vorlage ist, die von diverser Seite kritisierte Versteuerung eines fiktiven Einkommens abzuschaffen. Dies erfolgt mit bundesgesetzlicher Umstellung des Systems der Wohneigentumsbesteuerung.

Gegen das Bundesgesetz wurde kein Referendum ergriffen, weshalb die Stimmbürger nicht direkt über die Abschaffung des Eigenmietwerts entscheiden kann. Abgestimmt wird nur darüber, ob die Kantone künftig berechtigt sein sol-

len, auf Zweitliegenschaften eine Objektsteuer zu erheben. Es handelt sich hierbei um eine Verfassungsänderung, welche dem Volks- und Ständemehr unterliegt.

Ohne die neue Steuerkompetenz der Kantone hätte das Bundesgesetz zur Abschaffung der Eigenmietwert-Steuer in den eidgenössischen Räten keine Mehrheit gefunden. Das Gesetz wird nur in Kraft treten, wenn der Bundesbeschluss – also die aktuelle Abstimmungsvorlage – angenommen wird.

Was ändert sich bei einem Ja?

Die Besteuerung des Eigenmietwerts fällt weg; im Gegenzug können die Unterhaltskosten für die selbstbewohnte Liegenschaft (mit Ausnahme denkmalpflegerischer Arbeiten) nicht mehr in Abzug gebracht werden. Dasselbe gilt für die Schuldzinsen; ausgenommen die nicht selbst bewohnten Liegenschaften sowie Personen, die zum ersten Mal selbstgenutztes Wohneigentum erwerben. Hier können die Schuldzinsen noch in einem beschränkten Umfang (sogenannter qual-restriktiver Abzug) beziehungsweise



während der ersten 10 Jahre seit Erwerb abgezogen werden.

Der Parteitag Die Mitte Aargau beschliesst mit 37:30 Stimmfreigabe zum «Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften».

Karin Koch Wick, Grossrätin,
Vorstandsmitglied HEV Freiamt

Interview zum Referendum gegen das Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung

Steuer-Schwindel Nein!

ES: Weshalb macht sich Die Mitte stark für dieses Referendum?

MB: Weil wir diesen Totalumbau des bewährten Steuersystems der Kantone neu auf Individualbesteuerung klar ablehnen. Statt einer Steuererklärung sollen verheiratete Paare künftig zwei einreichen. Das heisst: 1,7 Millionen mehr Veranlagungen, hunderte neue Steuerbeamte, ein riesiger administrativer Aufwand für die Paare, die Verwaltung und Kosten ohne Ende.

Weshalb ist die Individualbesteuerung aus deiner Sicht keine faire Reform?

Fair ist: beide Einkommen der Ehepaare zusammenzählen und dann zum halben Einkommen besteuert. So ähnlich haben die meisten Kantone die Heiratsstrafe abgeschafft. Bei den Bundessteuern wäre es nur noch ein Klick. Die Individualbesteuerung jedoch greift komplett unliberal in die Lebensgestaltung der Paare ein, bestraft Teilzeitarbeit und belohnt Vollzeitarbeit. Hauptargument der FDP-Initianten ist, dass man für Frauen

Erwerbsanreize schaffen müsse. Man scheint nicht realisiert zu haben, dass diese längst erwerbstätig sind. Vor, während und nach der Kinderphase teilen sich Paare Familien-/Erwerbsarbeit in unterschiedlichen Pensen auf. Es darf

keine Rolle spielen, wer, wann, wie viel zum gemeinsamen Einkommen beiträgt. Ich stehe voll zu diesem Referendum.

Edith Saner, Co-Präsidentin
Die Mitte Aargau



Edith Saner mit Marianne Binder, Ständerätin

Früh begriffen, was richtig ist und später nichts verlernt

Welche Werte haben Sie geprägt – privat wie politisch? (Was sind die persönlichen Überzeugungen, die Sie in Ihrer politischen Arbeit leiten? Gibt es Erlebnisse oder Menschen, die für Ihren Wertekompass besonders prägend waren?)

Mich haben vor allem meine Eltern geprägt, indem sie mich gelehrt haben, dass am Schluss alles das Ergebnis ehrlicher Arbeit ist. Auch in der Politik. Und so stelle ich die Arbeit und den Fleiss ins Zentrum meiner Arbeit. Für die Zauberei sind Zauberer zuständig, nicht ich. Zudem sind mir das Miteinander und der gegenseitige Respekt wichtig. Man gewinnt nur als Team, auch wir als Mitte. Und selbst wenn man einmal verlieren sollte, was wir nicht hoffen, erträgt sich eine Niederlage im Team leichter. Vielleicht drückt hier auch meine Vergangenheit als Fussballer beim FC Naters durch, welche mich zum Teamspieler geformt hat.

Die Mitte wird manchmal als «farb- oder profillos» bezeichnet – wie begegnen Sie dieser Kritik?

Nicht jede Kritik ist richtig (lacht). Die Mitte ist alles andere als farb- und profillos, sondern vielfältig und lösungsorientiert. Wir sind vielleicht die letzte richtige Volkspartei. Im Zentrum unseres Handelns stehen die Bedürfnisse der Menschen in unserem Land. Schaut, die Menschen und allen voran der Mittelstand in unserem Land brauchen Lösungen, nicht Geschrei, oder anders formuliert, sie brauchen ehrliche Antworten auf die wichtigen Fragen. Wer links oder rechts Extremforderungen formuliert und davon nicht abrückt, wird weder in sozialen Fragen noch bei der Zuwanderung Mehrheiten finden. Wer keine Mehrheiten findet, löst keine Probleme. Oder noch schlimmer, will Probleme nicht lösen, sondern bewirtschaften.

Wo sehen Sie derzeit das grösste Potenzial für Die Mitte, konkrete Akzente in der kantonalen und der nationalen Politik zu setzen?

Klar in einer konstruktiven, lösungsorientierten Politik. Die Menschen in der Schweiz müssen spüren, dass sich Die Mitte für ihre Bedürfnisse einsetzt. Hierfür braucht es ehrliche Arbeit und auch mal den Mut zu erklären, warum etwas nicht geht. Wir dürfen nicht falsche Erwartungen schüren. Gerade in schwie-



Philipp Matthias Bregy, Nationalrat und Parteipräsident Mitte Schweiz und Jacqueline Wick, Präsidentin Die Junge Mitte Aargau

rigen Zeiten braucht es ehrliche Positionen. Thematisch ist klar, dass Die Mitte sich weiterhin gegen die steigenden Gesundheitskosten engagieren wird. Zudem braucht es in der Altersvorsorge wie auch bei der Zuwanderung soziale respektive konstruktive Lösungen, welche nur dank der Mitte möglich sind.

Wieso lohnt es sich für Junge, sich politisch zu engagieren?

Niemand kann noch so viel Zukunft gestalten wie Junge. Für Die Mitte steht eine nachhaltige und zukunftsorientierte Politik im Zentrum und gerade die Jungen können hierzu viel beitragen. Ich persönlich wurde mit 18 Jahren Generalsekretär der damaligen Jungen CVP und mit 25 Jahren Grossratssuppleant. Es war eine Zeit, an die ich mich gerne erinnere. Ganz ehrlich, ich kann nur alle jungen Menschen motivieren, sich politisch zu engagieren und danke allen, die es bereits tun, vor allem jenen, welche dies in der Mitte machen (schmunzelt). Ein Bonmot aus dem vorletzten Jahrhundert besagt: «Wer mit 20 nicht links ist, hat kein Herz, wer es mit 40 immer noch ist, hat keinen Verstand.» Ich be-

hauptete, wer mit 20 schon bei der Mitte ist und mit 40 immer noch, hat früh begriffen, was richtig ist und später nichts verlernt (lacht).

Werden die Mitglieder der Mitte Aargau und der Jungen Mitte Aargau Sie bald einmal persönlich kennenlernen können?

Selbstverständlich, die Frage ist einfach, wie man «bald» definiert. Ich bin aber in Kontakt mit den beiden Co-Präsidentinnen und freue mich, die Aargauerinnen und Aargauer kennenzulernen. In den vergangenen Wochen durfte ich bereits in Luzern, im Tessin, in St. Gallen, im Unterwallis und der Mitte 60+ Schweiz sein. Die Veranstaltungen waren jeweils mit vielen spannenden Begegnungen verbunden, die mir gezeigt haben, Die Mitte lebt, Die Mitte ist bereit, nicht nur die Schweiz zusammenzuhalten, sondern die Schweiz zu gestalten. Und ich gehe die Wette ein, Wetteinsatz eine gute Flasche Schweizer Wein, dies wird im Kanton Aargau nicht anders sein.

Jacqueline Wick,
Präsidentin Die Junge Mitte Aargau ■

Im Gedenken an Anton «Toni» Keller

Am 2. Mai war der Abschiedsgottesdienst in der kath. Stadtkirche Baden. In markanten Worten würdigten seine Söhne das Lebenswerk ihres Vaters. Das war ein grosses und umfassendes Wirken. Toni wurde 1934 in Baden geboren und starb mit 91 Jahren, nur wenige Monate nach dem überraschenden Tod seiner Ehefrau Rosemarie. Seine Eltern waren Kleinbauern im Kappelerhof.

1955 schloss Toni das Lehrerseminar ab und es folgte das Germanistik- und Geschichtsstudium mit dem Dokortitel, den er allerdings nie vor den Namen zu setzen brauchte. Er war von 1962 bis 1999 Kantonsschullehrer in Baden. Von 1973 bis 1981 war er Mitglied des kantonalen Verfassungsrates und Präsident von dessen CVP-Fraktion. Er präsidierte von 1979 bis 1991 die christlich-sozialen Organisationen Aargau und von 1986 bis 1989 die CVP Aargau. Zwischen 1979 und 1995 vertrat er den Kanton Aargau im Nationalrat. In der Schweizer Armee hatte er den Grad eines Obersts.

Sein Wirkungsfeld war gross und in den Themen Bildung, Gesellschaft, Kultur, Militär, Politik, Soziales und Umwelt hat er seine Spuren hinterlassen. Er war «ein Mann der offenen Debatte». Im Kontrast zur aktuellen Flut von persönlichen Vorstössen in Bern (die 2000er-Grenze wurde kürzlich mit Pendenzen überschritten) markierte er Ziele, Leitsätze und Schwerpunkte. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Einführung des Zivildienstes. Er engagierte sich auch in der Entwicklungsarbeit für Ruanda und für die soziale Gerechtigkeit.

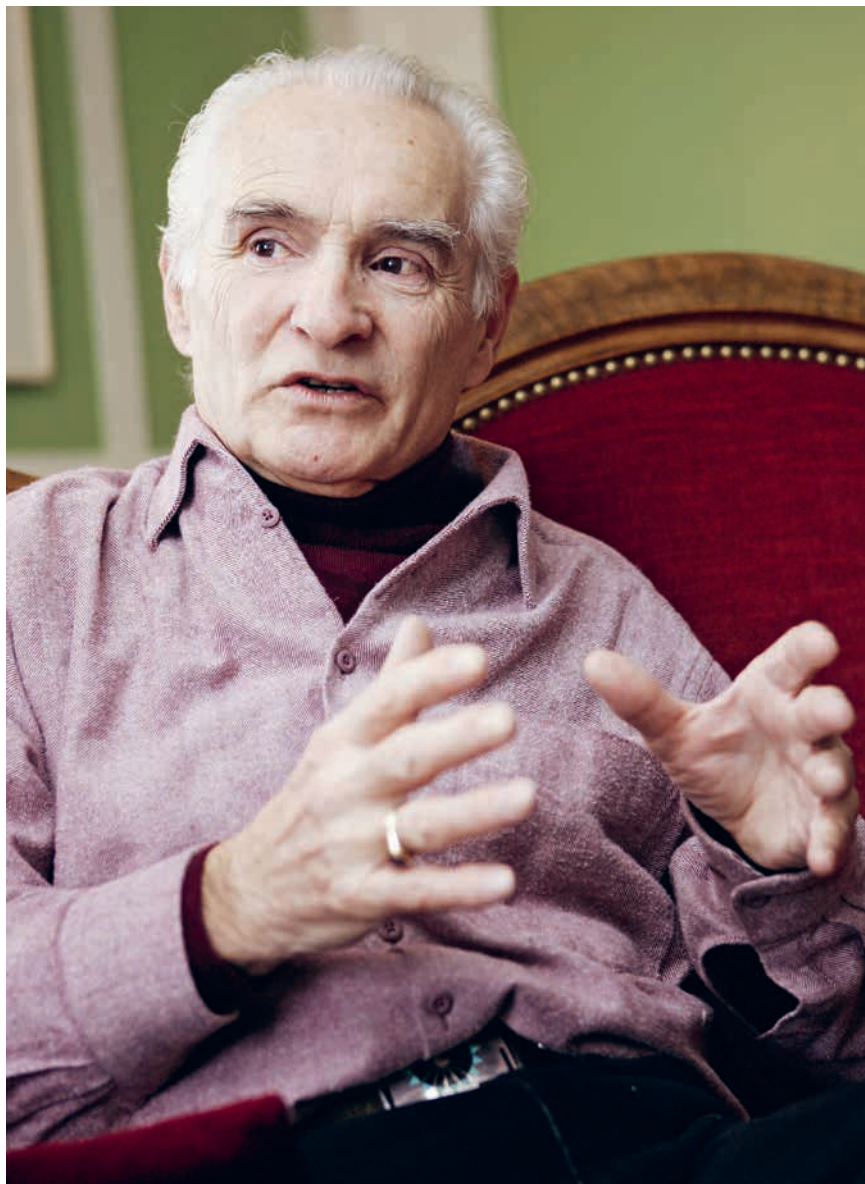
Einige Jahre war ich mit ihm zusammen in Bern. Wir hatten es gut miteinander und oft war unser Trio beim Abendessen angereichert durch das Beisein des damaligen Ständerates Hans Jörg Huber. 1992 verfasste Toni im Jubiläumsbuch «Gemeinschaft» zum 60. Geburtstag von Huber markante Zeilen wie: «Bei der Beurteilung einer Sozialpolitik der

Zukunft wird die bevölkerungsmässige Entwicklung eine wesentliche Einflussgrösse sein, nachdem eine OECD-Studie für die Schweiz im Jahre 2030 den höchsten Rentneranteil aller Industrieländer ausrechnet.»

Seine Tochter Marianne Binder ist heute Mitte-Ständerätin. Sie erwähnte als früheste Kindheitserinnerung an ihren Va-

ter: «Dass er mich hoch in die Luft warf. Und dann, dass er mich auffing. Letzteres tat er ein Leben lang.» Das ist auch symbolhaft für sein Wirken in dieser Partei. Er hat seine besten Kräfte für Mitmenschen, Land und Volk eingesetzt.

Peter Bircher, alt Nationalrat, Wölflinswil



Quelle: CH Media/Siggi Bucher

Bitte reservieren!

Termine

Parteitage

Dienstag, 28. Oktober 2025, 19.00 Uhr, Bezirk Zurzach

Café Fédéral Argovia

Montag, 20. Oktober 2025, 19.00 Uhr, Bezirk Muri

Vereinigungen

Die Mitte 60+ Aargau:

Donnerstag, 11. September 2025, 10.00 Uhr,
Besuch Erlebniswelt Ramseier Mosterei, Sursee

Donnerstag, 20. November 2025,
Besuch des Classic-Car-Museums, Safenwil

Die Christlichsozialen der Mitte Aargau:

Montag, 8. September 2025, 17.00 bis 20.00 Uhr,
sozialliberales Treffen im Bundeshaus

Montag, 1. Dezember 2025, 17.00 bis 20.00 Uhr,
sozialliberales Treffen im Bundeshaus

**Haben Sie eine neue Adresse?
Oder wollen Sie uns einen Beitrag
schicken?**

**Schreiben Sie uns auf
info@diemitteaargau.ch**

Herausgeber

Die Mitte Aargau
Mitgliederzeitschrift

Erscheinungsweise

4–5x jährlich

Jahresabonnement

Fr. 45.–

Auflage

5535 Exemplare

Administration

Sekretariat Die Mitte Aargau
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97

E-Mail

info@diemitteaargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck

Bürli AG, Döttingen

Weitere Termine finden Sie unter
www.diemitteaargau.ch/veranstaltungen